



Niederschrift über die 7. Sitzung des Kreistages am Donnerstag, den 04.06.2009 um 17:00 Uhr in Kreisverwaltung, Kreistagsitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Kreispräsident Peter Sönnichsen

Mitglieder

Herr Kreistagsabgeordneter Klaus-Detlef Benecke

Herr Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Harald Bleckert

Frau Kreistagsabgeordnete Annette Blöcker

Herr Kreistagsabgeordneter Klaus Blöcker

Frau Kreistagsabgeordnete Kirsten Bock

Frau Kreistagsabgeordnete Ingrid Brederock-Mallas

Frau Kreistagsabgeordnete Maria Busch-Laurinck

Herr Kreistagsabgeordneter Simon Bussenius

Frau Kreistagsabgeordnete Christiane Coenen

Frau Kreistagsabgeordnete Rebecca Dibbern

ab 17:20Uhr (TOP 2)

Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Ulrich Drerup

Herr Kreistagsabgeordneter Gerd Dreßler

Herr Kreistagsabgeordneter Matthias Ehmke

Herr Kreistagsabgeordneter Bernd Friedrich

Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Jürgen Gärtner

ab 17:17Uhr (TOP 2)

Frau Kreistagsabgeordnete Angelika Hannappel

bis 21:41Uhr

Frau Kreistagsabgeordnete Bettina Hansen

Herr Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion Thomas Hansen

Frau Kreistagsabgeordnete Melanie Hein

Herr Fraktionsvorsitzender B'90/GRÜNE Axel Hilker

Herr Kreistagsabgeordneter André Jagusch

Herr Fraktionsvorsitzender FWG-Fraktion Dr. Mark Jahn

ab 18:45Uhr (TOP 6)

Herr Kreistagsabgeordneter Uwe Janz

Herr Kreistagsabgeordneter Gert Killig

Herr Kreistagsabgeordneter Jürgen Kleinfeldt

Herr Kreistagsabgeordneter Günter Koch

Herr Kreistagsabgeordneter Dirk Koslowski

Herr Kreistagsabgeordneter Stefan Leyk

ab 20:22Uhr

Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Helmut Lucht

Frau Kreistagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen

bis 18:30Uhr (TOP 6)

Herr Kreistagsabgeordneter Norbert Maroses

Frau Kreistagsabgeordnete Hildegard Mersmann

Frau Kreistagsabgeordnete Ulrike Michaelsen

Herr Kreistagsabgeordneter Matthias Naumann



Herr Kreistagsabgeordneter Heinrich Övermöhle
Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Herbert Pohl
Herr Kreistagsabgeordneter Walter Riecken
Frau Kreistagsabgeordnete Ingrid Rusch
Herr Kreistagsabgeordneter Björn Rüter
Herr Kreistagsabgeordneter Wolfram Schlauderbach
Herr Fraktionsvorsitzender der SPD Lutz Schlüsen
Frau Kreistagsabgeordnete Beke Schöneich-Beyer
Herr Kreistagsabgeordneter Alexander Schreiber
Frau Kreistagsabgeordnete Anneliese Schwalbe
Herr Kreistagsabgeordneter Horst Thielscher
Herr Fraktionsvorsitzender der Fraktion UWG Dr. Claus Thies
Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Joachim Voigt
Herr Fraktionsvorsitzender der FDP Martin Wolf

Landrat

Herr Landrat Dr. Volkram Gebel

Verwaltung

Herr Ltd. KVD Klaus Plambeck

Frau Dr. Yvonne Maria Wiegner

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Herr Kreistagsabgeordneter Kai Bellstedt
Frau Kreistagsabgeordnete Miriam Bossmann
Frau Kreistagsabgeordnete Heidrun Clausen
Frau Kreistagsabgeordnete Helga Hohnheit
Frau Kreistagsabgeordnete Regina Jaeger
Frau Kreistagsabgeordnete Dr. Regine Niedermeier-Lange

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung

Der Kreispräsident begrüßt Landrat Dr. Gebel, die anwesenden öffentlichen Gäste und die Vertreter der Presse, die Verwaltung und die anwesenden Kreistagsabgeordneten.

Herr Sönnichsen stellt fest, dass der Kreistag mit Ladung vom 25.05.2009 ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Sitzungsunterlagen entsprechend zugesandt wurden.

Eine Verspätung haben die KTA

Dibbern, Gärtner, Dr. Jahn und Leyk angekündigt.

Somit stellt Herr Sönnichsen die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokollführer wird Herr Freitag berufen.



Kreispräsident Sönichsen stellt fest, dass in der letzten Sitzung nach Terminplan fünf Tagesordnungspunkte mit Aussprache nicht beschlossen werden konnten. Die nächste Sitzung im Juli diesen Jahres ist die letzte vor der Sommerpause, deshalb wurde der heutige Termin dazwischengesetzt. Der Juli-Termin ist darüber hinaus vom 02.Juli auf den 09.Juli verschoben worden, da der Kreis Plön bis zum 30. Juni die Stellungnahme des Landes zum Konjunkturprogramm erhält und daraufhin der Kreistag eine zweite Nachtragshaushaltssatzung beschließen muss, was eine vorherige Sitzung des Finanzausschusses notwendig macht.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert.

TOP 10 Berichtswesen wird abgesetzt, da der Hauptausschuss noch nicht dazu beraten hat.

Die Tagesordnung wurde wie folgt gekürzt:

Lfd. Nr.	Gegenstand	Sitzungsvorlage – Nr.
10	Berichtswesen	23/09

Beschluss:

Die um den Tagesordnungspunkt 10 Berichtswesen reduzierte Tagesordnung wird so beschlossen.

Stimmenverhältnis

Einstimmig.

Es wird somit nach der folgenden TO beraten:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 23.04.2009
4. Neubesetzung in Gremien
CDU-Umbesetzung Gremien 04.06.09
5. Fortsetzung Verwaltungsstrukturreform

AN/0033/2009

009/09



- | | |
|--|--|
| 5.1. Sachstandsbericht des Landrates zur
Verwaltungsstrukturreform
Vorlage:
CDU-Verwaltungsstrukturreform 04.06.09 | 66/08

AN/0032/2009 |
| 6. Verwendung der Ausschüttung von Gewinnanteilen aus dem
Jahresüberschuss 2007 der Förde Sparkasse Kreis Plön
hier: gemeinsamer Antrag der SPD- und FWG-Fraktion vom
26. Januar 2009 | 017/09 |
| 6.1. SPD-FWG Richtlinie zur Vergabe der Sparkassenüberschüsse

UWG-Verwendung des Sparkassenüberschusses 02.06.09

UWG-Sparkassenüberschuss 03.06.09 | AN/0007/2009

AN/0029/2009

AN/0034/2009 |
| 7. Annexkostenklage gegen das Land (Grundsicherung) | 039/09 |
| 8. Nachtrag zum Stellenplan 2009 | 004/09 |
| 8.1. SPD Nachtrag zum Stellenplan 21.04.09 | AN/0010/2009 |
| 9. Antrag auf Senkung des Schwellenwertes | |
| 9.1. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan
2009 | 033/09 |
| 9.2. SPD Neubesetzung Gremien u. Nachtrag Stellenplan 2009 v.
21.04.09 | AN/0009/2009 |
| 10. SPD-Fehmarn-Belt-Querung | AN/0026/2009 |
| 11. SPD-Breitbandversorgung im Kreis Plön | AN/0025/2009 |
| 12. Anfragen und Mitteilungen | |

2 . Einwohnerfragestunde

Herr Otto Meier, Gemeindevertreter aus Stolpe meldet sich zur Einwohnerfragestunde und fragt zum Konjunkturprogramm II, wer festgelegt hätte, welche Kriterien und welcher Auszahlungsmodus bezüglich des Konjunkturprogramms festzulegen wären. Und ob dies bezüglich der Prioritätenliste der Kreis, oder das Land gewesen sei.

Herr Meier macht zudem deutlich, dass die Mittel nach seinem Kenntnisstand in anderen



Bundesländern nach dem Einwohnerschlüssel verteilt wurden.

Mit der jetzigen veröffentlichten Prioritätenliste sei man nicht einverstanden und es herrsche großes Unverständnis.

Landrat Dr. Gebel beantwortet die Frage.

Herr Dr. Gebel führt aus, dass es sich um Bundesmittel handelt, für die in erster Linie von den zuständigen Ministerien Grundlagen festgelegt wurden. Die Bundesländer hätten verwaltungsmäßige Handlungsspielräume, die auf verschiedene Weise mit Regelungen ausgefüllt wurden. Der Landrat bedauert, dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung nicht der Forderung des Landkreistages gefolgt ist und z.B. alle Mittel nach der Einwohnerzahl pauschal den Kreisen zugewiesen werden, wie es das niedersächsische Modell vorsieht. Der Kreis selbst hat bei den Bildungsmitteln keine eigenen Regelungen zur Verteilung getroffen, sondern man hat sich im Landkreistag darauf verständigt, dass eine gerechte Aufteilung nach Schülerzahlen und gegenüber dem Kindergartenbereich nach Anzahl der Kinder, die in Kindertagesstätten untergebracht sind erfolgen sollte.

Das Land hat bei den Städtebaumitteln eine andere Verteilung vorgesehen. Die Priorität wurde als wichtigstes Kriterium gesehen. Der Kreis hat in seinen Gremien eine entsprechende Prioritätenliste beschlossen, die für das Land aber anders als im Schulbereich nicht verbindlich ist.

KTA Thomas Hansen führt ergänzend aus, dass im Hauptausschuss ein Ranking erstellt wurde, über das das Land entscheiden wird. Der Grund für die Entscheidung sei zum einen die Notwendigkeit zur Sanierung der Kreisfeuerwehrezentrale aus Sicherheitsaspekten und zum anderen sollten besonders die Sporteinrichtungen möglichst ausgewogen gefördert werden.

Herr Meier fragt hiernach nochmals nach, ob der Hauptausschuss das von der Verwaltung vorgeschlagene Ranking nochmals verändert hat, da in der Prioritätenliste hochbepunktete Projekte nicht an der Stelle in der Prioritätenliste erscheinen würden, auf der man sie nach den Punktwerten erwarten müsste.

KTA Schlüsen stellt fest, dass der Vorschlag der Verwaltung gerade im Bereich der Regionalität verändert wurde und dadurch ein anderes Ranking entstanden ist. Er macht deutlich, dass der Vorschlag der Verwaltung im Bereich der Wertung der regionalen Bedeutung verändert wurde, dadurch, dass dem Sportbereich eine höhere regionale Bedeutung und Priorität als bei den Dorfgemeinschaftshäusern zugesprochen wurde. KTA Schlüsen macht darauf aufmerksam, dass es bei der Punktbewertung der Maßnahmen keine deutlichen Unterschiede gegeben hätte, sondern die Maßnahmen ein teilweise nur um ein bis zwei Punkte differierendes Ergebnis aufgezeigt hätten.

Landrat Dr. Gebel macht deutlich, dass das Land durch seine herausgegebenen Richtlinien festgelegt hätte, dass Anträge, die ein Volumen von fünf Millionen Euro überschreiten, nicht zu berücksichtigen wären. Die Stadt Plön hat aber einen solchen Antrag beim Kreis eingereicht, deshalb sei das Projekt durch die Verwaltung runtergestuft worden. Der



Bürgermeister der Stadt Plön informierte den Kreis später, nachdem die Prioritätenliste bekannt wurde, dass mit dem Land abgesprochen sei, möglicherweise auch nur Teilsummen zu beantragen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung die Thematik nochmals angesprochen und vorgeschlagen, dass das Projekt von der Verwaltung aufgrund seiner regionalen Bedeutung doch eine höhere Priorität erhalten solle. Dies wurde politisch in öffentlicher Sitzung diskutiert. Er hebt hervor, dass man sich an gegebene Spielregeln zu halten hätte. Eine weitere Spielregel war, dass Anträge über den Kreis an das Land zu stellen seien und nicht am Kreis vorbei Absprachen mit den Ministerien getroffen werden sollten, ohne zumindest die Mitarbeiter des Kreises davon zu informieren, so dass die fehlenden Informationen nicht in die Überlegungen bei Erstellung des Verwaltungsvorschlages zur Prioritätenliste einbezogen wurden. Bei einer solchen Verhaltensweise dürfe man danach keine Kritik an den Mitarbeitern des Kreises und dem Kreistag, der eine Prioritätenliste zu erarbeiten hatte, üben.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

3 . Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 23.04.2009

Beschluss:

Gegen die Niederschrift der 6. Sitzung des Kreistages werden keine Einwände erhoben.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig

4 . Neubesetzung in Gremien

Antrag der CDU zur Umbesetzung des Ausschusses für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales vom 04.06.09 Antrag: AN/0033/2009

Beschluss:

Als ordentliches Mitglied scheidet KTA Björn Rüter aus und wird stellvertretendes Mitglied.

Das bisherige stellvertretende Mitglied KTA Hans-Helmut Lucht wird ordentliches Mitglied.

Stimmenverhältnis:

Einstimmig

5 . Fortsetzung Verwaltungsstrukturreform

Vorlage: 009/09

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird ausdrücklich zu Protokoll gegeben, dass die Fraktion nicht von der Fusion abrückt.

Nach eingehender Beratung wird Schluss der Rednerliste beantragt:



Stimmverhältnis: 33 Ja; 11 Nein; 3 Enthaltungen

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Landrates zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, den Kreistagsbeschluss vom 17. April 2008, soweit er auf eine Fusion abzielt, nicht mehr zu verfolgen.

Stimmenverhältnis

JA-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	14
Enthaltung:	3

5.1 . Sachstandsbericht des Landrates zur Verwaltungsstrukturreform
Vorlage: 66/08

Kein Beschluss, da mit TOP 5 verbunden.

CDU-Verwaltungsstrukturreform 04.06.09
Antrag: AN/0032/2009

Der Antrag kann aufgrund des Beschlusses zu TOP 5 nicht zur Abstimmung gestellt werden.

6 . Verwendung der Ausschüttung von Gewinnanteilen aus dem Jahresüberschuss 2007 der Förde Sparkasse Kreis Plön

hier: gemeinsamer Antrag der SPD- und FWG-Fraktion vom 26. Januar 2009
Vorlage: 017/09

6.1 . SPD-FWG Richtlinie zur Vergabe der Sparkassenüberschüsse
Antrag: AN/0007/2009

Nach Beratung wird durch die CDU-Fraktion ein Geschäftsordnungsantrag gestellt, dass geprüft werden soll, ob ein Beschluss in der Fassung des FDP-Antrages gefasst werden dürfe, da nach Meinung der CDU-Fraktion eindeutig geregelt ist, dass der Hauptausschuss über Gesellschaftsangelegenheiten, also folglich auch der Verwendung der Sparkassenüberschüsse zu entscheiden hat.

Sitzungsunterbrechung von 18:57Uhr bis 19:36Uhr zur Prüfung der Rechtsfrage.



Landrat Dr. Gebel erklärt nach dem Ende der Sitzungspause, aufgrund der Schwierigkeit der Rechtsfrage als erste vorläufige Einschätzung, dass es grundsätzlich richtig ist, dass durch die Kreisordnung der Hauptausschuss die Aufgabe hat wirtschaftliche Betätigung und privatrechtliche Beteiligungen des Kreises zu steuern. Landrat Dr. Gebel macht deutlich, dass das Sparkassenwesen eine eigene Rechtsmaterie darstellt. Die Hauptsatzung stellt bei der Aufgabenbeschreibung des Hauptausschusses klar, dass es darum geht dass der politische Wille zum Ausdruck gebracht werden soll, wenn es um den Beitritt oder die Gründung von Gesellschaften und anderen privatrechtlichen Vereinigungen geht. Sparkassen sind nach Ihrer Rechtsnatur aber Anstalten des öffentlichen Rechts und somit keine Gesellschaften privatrechtlicher Natur. Daraus folge, dass die Hauptsatzung in diesem Fall nicht unmittelbar und wahrscheinlich auch nicht analog anzuwenden ist. Es spricht alles dafür, dass der Hauptausschuss nicht zwingend die Endkompetenz in Dingen, die mit der Sparkasse zu tun haben, haben muss.

Der Landrat schlägt vor ein Benehmensverfahren zu installieren. Herrn Hansen kann er nicht empfehlen Widerspruch gegen einen gefassten Beschluss einzulegen, da die Rechtslage nicht im Sinne dieses Antrages eindeutig sei.

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgende **Beschlüsse**:

1. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt

Änderungsantrag zum Beschlussantrag der FDP-, SPD-, FWG-Fraktion:

Der Kreistag beschließt Ziffer III. 1. dahingehend zu ändern, dass alle genannten Ausschüsse 20% der Mittel verteilen.

2. Antrag der FDP-, SPD-, FWG-Fraktion

Beschluss des Kreises Plön zur Vergabe des Sparkassenüberschusses

I. Grundsätze

1. Die Öffentlichkeit wird bis zum 31.07. über die vorhandenen Mittel durch Pressemitteilung informiert. Interessierte werden unter Terminsetzung bis zum 31.10.2009 zur Antragstellung aufgefordert.
2. Alle bewilligten Mittel sind zweckgebunden. Sie dürfen nur für den im Bewilligungsbescheid angegebenen Zweck verwendet werden. Nicht verbrauchte bzw. nicht zweckentsprechend verwendete Mittel sind zurückzuzahlen.
3. Die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel im Zeitraum 2009/2010 ist nachzuweisen. Bei Nichtvorlage oder verspäteter Vorlage können die bewilligten Mittel zurückgefordert werden.
4. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

II. Antragsberechtigte

Zum Antrag berechtigt ist grundsätzlich jede natürliche und juristische Person. Ausgeschlossen sind Parteien, Wählergemeinschaften und diesen nahestehenden Institutionen, ferner Gemeinden Städte und deren Einrichtungen.

III. Verteilung der Mittel auf die Fachausschüsse

1. Verteilung der Mittel



Sozialausschuss	30%
Jugendhilfeausschuss	20%
Schulausschuss	20%
Wirtschaftsausschuss	20%
Umweltausschuss	10%

2. Der Fachausschuss entscheidet abschließend über die Mittelvergabe. Die Entscheidung über die Mittelvergabe sollte bis Ende 2009 erfolgen.

Stimmenverhältnis

Zu 1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

JA-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	29
Enthaltung:	7

Zu 2. Antrag der FDP-, SPD-, FWG-Fraktion

Beschluss des Kreises Plön zur Vergabe des Sparkassenüberschusses

JA-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	1

UWG-Verwendung des Sparkassenüberschusses 02.06.09

Antrag: AN/0029/2009

Zurückgezogen

UWG-Sparkassenüberschuss 03.06.09

Antrag: AN/0034/2009

Zurückgezogen

7. Annexkostenklage gegen das Land (Grundsicherung)

Vorlage: 039/09

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden **Beschluss**:

1. Der Landrat wird ermächtigt, auch die anhängige Klage gegen das Land Schleswig-Holstein hinsichtlich der geltend gemachten Grundsicherungskosten für erledigt zu erklären.



2. Gegen den Abrechnungsbescheid des Sozialministeriums für das Jahr 2007 vom 18.04.2008 wird keine Klage erhoben.

Stimmenverhältnis

Zu 1. und 2.

Einstimmig

8. Nachtrag zum Stellenplan 2009

Vorlage: 004/09

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden **Beschluss**:

1. Im Bereich des Amtes 14 wird eine zusätzliche ½ Stelle (geh. Dienst - A9 -) für die Aufgaben der Trägerschaft des Rettungsdienstes eingerichtet.
2. Im Bereich des Amtes 14 wird eine ½ Stelle (geh. Dienst -A09-) für die Aufgaben des Bereiches Brand- und Katastrophenschutz eingerichtet.

Stimmenverhältnis

Zu1:

Einstimmig

Zu 2.

JA-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 28

Enthaltung: 1

8.1 . SPD Nachtrag zum Stellenplan 21.04.09

Antrag: AN/0010/2009

Der Antrag kann aufgrund des Beschlusses zu TOP 8 nicht zur Abstimmung gestellt werden.

9. Antrag auf Senkung des Schwellenwertes

Beschluss:

Der Schwellenwert gem. §28 FAG bleibt bei 120% .

Stimmenverhältnis



JA-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	1

9.1 . 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2009

Vorlage: 033/09

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der 1. Nachtragshaushaltssatzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt.

- **Stellenplan siehe Beschluss zu TOP 8**
½ Stelle (A09 geh. Dienst) für die Aufgabe der Trägerschaft des Rettungsdienstes.
- **Schwellenwert (Der Schwellenwert bleibt bei 120% siehe TOP 9a)**

Stimmenverhältnis:

JA-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	13

9.2 . SPD Neubesetzung Gremien u. Nachtrag Stellenplan 2009 v. 21.04.09

Antrag: AN/0009/2009

Der Antrag kann aufgrund des Beschlusses zu TOP 9.1 nicht zur Abstimmung gestellt werden.

10 . SPD-Fehmarn-Belt-Querung

Antrag: AN/0026/2009

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden **Beschluss:**

Die Verwaltung berichtet in der 1. Sitzung nach der Sommerpause im Wirtschaftsausschuss.

Stimmenverhältnis

Einstimmig bei 4 Enthaltungen



11 . SPD-Breitbandversorgung im Kreis Plön

Antrag: AN/0025/2009

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung berichtet gem. Antrag im Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.

Stimmenverhältnis

Einstimmig.

12 . Anfragen und Mitteilungen

Kreispräsident Sönnichsen bemerkt dazu einfühend, dass Anfragen nach der Geschäftsordnung des Kreistages generell vorher schriftlich einzureichen sind, damit sich die Verwaltung vorbereiten kann.

Ausnahmsweise wird Herrn Hilker von Bündnis 90/Die Grünen gestattet, eine Anfrage mündlich zu stellen, auf die Landrat Dr. Gebel antworten wird.

Herr Hilker bedankt sich für die unproblematische Handhabung und bittet die Verwaltung, den Sachstand zur Finanzierung des Neubaus des Frauenhauses aus dem Konjunkturprogramm zu erläutern, da es dort neue Erkenntnisse gäbe, die auch auf die Haushaltsplanung Einfluss nehmen werden.

Landrat Dr. Gebel führt dazu aus, dass das politisch gewollte, geforderte und unterstützte Frauenhaus aus dem Konjunkturprogramm II nicht mit gefördert werden kann. Diesbezüglich wurde im Innenministerium nachgefragt und man erhielt als Antwort, dass es sich bei einem Frauenhaus nicht um eine Gemeinschaftseinrichtung im Sinne der Richtlinie handeln würde und deshalb nicht förderungsfähig sein. Das Frauenhaus liegt auch leider nicht in einem Städtebauförderungsgebiet. Es wurde von den Frauen geäußert, dass man aus der Natur eines Frauenhauses heraus Ortsnähe, sowie Anbindung an den ÖPNV benötigen würde und man deshalb nicht in meist abgelegene Städtebauförderungsregionen ziehen könne.

Aus diesem Grund konnte auch hier keine Förderung beantragt werden. Der Neubau wird nun wahrscheinlich durch Kreismittel finanziert werden müssen, da keine Aussicht auf Förderung besteht. Allerdings weist Herr Dr. Gebel darauf hin, dass die Befürchtung, die Miete würde dadurch erhöht werden müssen, unbegründet sei, da die Refinanzierung durch das Land erfolgen würde und dort ortsübliche Mieten ersetzt würden.

Kreispräsident Sönnichsen teilt noch folgendes mit.

In der letzten Sitzung seien zwei Punkte hinterfragt worden.

Zu der Frage eines Schreibens an den Landrat, welches mit dem zusätzlichen Vermerk „persönlich/vertraulich“ während des Urlaubes des Landrates eingegangen sei und nicht geöffnet wurde, ist insgesamt festgestellt worden, dass ein solches Schreiben sowohl zur Wahrung des Persönlichkeits- und Vertraulichkeitsrechtes als auch gemäß der Verwaltungsinternen Regelungen und Dienstvereinbarungen absolut korrekt nicht geöffnet wurde. Eine Öffnung eines so gekennzeichneten Schreibens stellt sogar einen Verstoß gegen



das Briefgeheimnis dar, so dass nach alledem richtig gehandelt wurde. Dies wurde auch vom unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz in einem Telefonat mit der Datenschutzbeauftragten des Kreises bestätigt.

Der zweite Punkt betrifft den Auszählfehler aus der letzten Sitzung. Der Rechtsservice der Verwaltung hat geprüft und festgestellt, dass es sich um eine Korrektur eines offensichtlichen Zählfehlers gehandelt hätte. Dies wurde auf Grundlage der Geschäftsordnung und der Kreisordnung geprüft.

Besondere Bemerkungen über den Sitzungsverlauf:

Sitzungsunterbrechung von 18:56Uhr – 19:36Uhr

Sitzungsende: 22:04 Uhr

gez. Peter Sönnichsen
Kreispräsident

gez. Horst Freitag
Protokollführer